

teile. Immerhin liegt darin auch eine Aufgabe. Denn es muß nun selbstverständlich mit größter Feinlichkeit darüber gewacht werden, daß aus der Neuregelung nicht etwa neue wirtschaftliche Nachteile erwachsen.

Erleichtert ist die Durchführung dieser Währungsreform durch den Erfolg der großen Reparationsanleihe auf Grund des Dawes-Gutachtens. Bemerkenswert ist, was die bekannte englische Zeitschrift »The new Statesman« über den Erfolg und die Auswirkung der deutschen Anleihe bei ihrer Ausgabe schrieb. Es heißt da:

»Der gewaltige Erfolg der deutschen Anleihe sowohl in New York als auch in London ist von der breiten Öffentlichkeit sicher nicht vorhergesehen worden. Die Gesamtsumme in Höhe von 40 Millionen Pfund ist fünf- oder sechsmal überzeichnet worden. Daraus ergibt sich mit aller Klarheit, daß die Bedingungen unnötigerweise entgegenkommend waren, und daß eine Anleihe, die von der deutschen Regierung, mit der deutschen Eisenbahn als Sicherheit, garantiert wurde, nicht zu dem so außerordentlich niedrigen Preise von 92 ausgegeben zu werden brauchte. Innerhalb ein oder zwei Wochen wird sie wahrscheinlich schon auf 95% oder 96% stehen. Wenn aber in dieser Hinsicht ein Irrtum unterlaufen ist, so war es ein Irrtum an der richtigen Stelle, selbst vom deutschen Standpunkte aus betrachtet. Denn Kredit ist in weitem Maße Sache der Psychologie, und die deutsche Industrie und Finanz sollten aus dieser eindrucksvollen Kundgebung der Hauptgeldmärkte der Welt, die trotz allem an die Zahlungsfähigkeit der deutschen Republik glauben, selber größeres Vertrauen gewinnen. Es war in etwa eine solche Kundgebung, wie sie damals erforderlich war, um den Hauptversuch der Stabilisierung der deutschen Valuta zu erleichtern. Dieses Problem sollte jetzt geringe Schwierigkeiten bieten. Für Deutschland ist es eine teure Anleihe; wenn man aber die indirekten Ergebnisse in Berechnung zieht, dann scheint wahrscheinlich die Anleihe für Deutschland selbst ein besseres Geschäft zu bedeuten als für die glücklichen Anleihezeichner, die ihre Anteile jetzt mit Gewinn verkaufen können. Es läuft darauf hinaus, daß es mit einem Schlage seinen Kredit wiederhergestellt hat — ein Erfolg, der selbst dann noch als billig zu bezeichnen wäre, wenn der von Deutschland zu bezahlende Preis zehnmal höher gewesen wäre.«

So günstig wie hier wird man in Deutschland selbst die Lage vielleicht nicht ohne weiteres beurteilen. Zwar brauchen wir die Anleihe, um über den Berg zu kommen. Es darf aber nicht vergessen werden, daß damit immer noch nicht alles erreicht ist. Ihre politischen Zwecke allerdings hat die Anleihe bereits erfüllt. So sachverständige Kritiker wie der Engländer Keynes und der Schwede Gustaf Cassel haben aber mit Recht unterstrichen, daß die Anleihe an dem bisherigen provisorischen Charakter der Lösung des Reparationsproblems nach der wirtschaftlichen Seite hin nichts ändere. Cassel befürchtet von den zahlreichen Wertpapieren, die im Zusammenhang mit dem Reparationsplan auszugeben sind, für die nächste Zeit eine beträchtliche Beunruhigung der internationalen Kapitalmärkte. Keynes macht darauf aufmerksam, daß von der großen Anleihe eine Stärkung der Kaufkraft Deutschlands noch nicht unmittelbar zu erwarten ist. In Deutschland selbst hat man Erwägungen angestellt, ob von dem Zufluß der Anleihe nicht sogar inflationistische Wirkungen ausgehen könnten. Bei der Blutleere der deutschen Wirtschaft wird das zweifelsohne nicht ohne weiteres eintreten. Immerhin wird es einer sehr geschickten Diskontopolitik bedürfen, um Gefahren von dieser Seite rechtzeitig zu beschwören. In jedem Falle hat die Höhe des Zinsfußes, zu dem die große Anleihe ausgegeben worden ist, wohl die Wirkung, daß sich der Geldzinsfuß im allgemeinen noch lange danach richten wird. Man wird also bis auf weiteres mit verhältnismäßig teurem Gelde zu rechnen haben. Trösten kann uns an dem Erfolg der Anleihe vor allen Dingen aber der Umstand, daß dem Prestige Frankreichs damit ein beträchtlicher Stoß versetzt worden ist. Frankreich braucht seinerseits ebenfalls dringend eine neue Anleihe, deren Unterbringung in den Vereinigten Staaten aber auf größte Schwierigkeiten stößt. Je abhängiger Frankreich in finanzieller Hinsicht bleibt, desto weniger dürfte es uns gefährlich werden können.

Solange jedoch die wirtschaftliche Lage nach dieser Richtung noch den Charakter des Provisoriums trägt, sind für uns selbst-

verständlich die innerpolitischen Vorgänge von der größeren Bedeutung. Die Auflösung des Reichstags bildet in dieser Hinsicht zweifelsohne eine Erschwerung der Lage. Es ist dadurch die Verabschiedung dringend benötigter Gesetze erneut auf nicht absehbare Zeit hinausgeschoben. Das gilt vor allen Dingen für viele Steuerfragen. Daß hier unbedingt eine Änderung notwendig ist, darüber herrscht wohl nirgends mehr Zweifel. Die Belastung, die die deutsche Wirtschaft vornehmlich durch die Umsatzsteuer erfährt, ist bei dem Aufbau dieser Steuer eine ganz ungeheuerliche. Der Anteil der im gesamten Produktions- und Verteilungsprozeß auslaufenden Umsatzsteuer am Kleinverkaufspreis geht bei manchen Waren über 10% hinaus. Daraus ist zu ermessen, wie preissteigernd gerade diese Steuer wirkt. Da dadurch weiter die Absatzfähigkeit deutscher Waren auf den Auslandsmärkten stark behindert wird, ist die Rückwirkung auf die gesamte Volkswirtschaft um so bedenklicher. Es kommt hinzu, daß die Finanzlage des Reichs eine so starke Anziehung der Steuerherrscher überhaupt nicht nötig erscheinen läßt. In allen öffentlichen Kassen sammeln sich beträchtliche Überschüsse an, und das Bedenkliche ist vor allem, daß die Verwendung dieser Gelder keineswegs in der Form geschieht, die der Wirtschaft erwünscht sein kann. Ihr selbst wird das Betriebskapital entzogen, die öffentlichen Gelder dagegen fließen in Kanäle, von denen nicht immer gesagt werden kann, daß sie die Wirtschaft befruchten. Der Buchhandel ganz besonders mußte in der letzten Zeit immer wieder die Erfahrung machen, daß die neue sogenannte kaufmännische Einstellung öffentlicher Stellen lediglich dazu führt, daß sie der steuerzahlenden Privatwirtschaft unbillige Konkurrenz macht. Wir liegt neuerdings wieder ein Fall vor, wo ein Kreiswohlfahrtsamt ein Jahrbuch herausgibt, wie es bisher mit Erfolg in einem Privatverlag betrieben wurde. Diese Konkurrenz schädigt nicht nur die Wirtschaft, sondern erzeugt auch eine Mißstimmung, die letzten Endes den öffentlichen Interessen gefährlich werden kann. Es muß gefordert werden, daß sich alle öffentlichen Stellen ausschließlich ihren eigentlichen Aufgaben widmen, geschäftliche Unternehmungen aller Art aber wie bisher der freien Wirtschaft überlassen. Auf diese Weise dürfte dann auch ohne vermehrten Personalabbau die Leistungsfähigkeit des Verwaltungsapparates auf seinem eigentlichen Arbeitsgebiet gehoben werden. Auch in anderen Ländern ist die Steuerbelastung beträchtlich gestiegen. So beträgt sie in England heute rund 19% gegen früher 7% vom Volkseinkommen, in den Vereinigten Staaten rund 12% gegen früher 6%. Auch in Frankreich ist das Volkseinkommen mit 16% durch Steuern belastet. Das ist ein Zeichen dafür, wie durch den Krieg überall die Bürokratie immer kostspieliger geworden ist. Hier muß in den nächsten Jahren unbedingt Wandel geschaffen werden, wenn die Wirtschaft nicht unter dieser unproduktiven und manchmal bedenkliche Abwege einschlagenden Verwaltungsbelastung zusammenbrechen soll.

Die Wirtschaftslage im allgemeinen zeigt kein ungünstigeres Bild als im Vormonat. Die Leipziger Handelskammer zum Beispiel berichtet, daß die Geschäftslage im Stein- und Druckgewerbe etwas günstiger geworden sei, da der Auftragsbestand um ein wenig zugenommen hat. Die Geldeingänge seien nach wie vor äußerst schleppend. Im Buchbindereigewerbe seien die Monate Oktober, November und Dezember von jeher Konjunktur gewesen. Die Beschäftigungsverhältnisse seien günstig, bewiesen aber noch keinen Fortschritt in der Konsolidierung des Gewerbes. Man befürchtet Rückschläge für den Beginn des nächsten Jahres. Ähnlich lauten die Berichte aus anderen Wirtschaftsgebieten. Immerhin ist erfreulich, daß die Spareinlagen ständig ein weiteres Anwachsen erkennen lassen. Auf dem deutschen Sparkassen-Tag ist mitgeteilt worden, daß die Sparkasseneinlagen sämtlicher deutschen Sparkassen schon wieder rund 1 Milliarde Goldmark betragen. Ebensoviel dürfte nach einer Schätzung des Finanzrates Dr. Kessler von der Deutschen Rentenbank auf die Banken und Genossenschaften zusammen entfallen. Für Kredite würden also auf dem deutschen Kapitalmarkt gegenwärtig rund 2 Milliarden Goldmark zur Verfügung stehen. Das ist ein Fortschritt, wenn es auch noch lange nicht genügt. Angesichts dieser Besserungszeichen ist es doppelt schmerzlich, zu